

*Ewald Nowotny*

Die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden haben die EU in eine tiefe Krise gestürzt. Für dieses Ergebnis sind u. a. zwei miteinander verbundene Problemkreise verantwortlich, auch wenn sie mehr mit dem Kontext – sprich der bisherigen Politik der EU – als mit dem unmittelbaren Text des Verfassungsentwurfs zusammenhängen:

Erstens wird der von der EU betriebene Wirtschaftsliberalismus von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Es ist gefährlich für die EU, sich nun auf den Standpunkt zurückzuziehen, dass die Bevölkerung die ökonomischen Sachzwänge und den notwendigen Strukturwandel nicht versteht. Die EU vergisst dabei, dass sich viele ihrer früheren hoffungsvollen Erwartungen, insbesondere was die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, nicht erfüllt haben. Eine Politik „Augen zu und durch“ ist sicher die falsche Antwort auf die abgelehnten Referenden und könnte die politische Basis für das Projekt Europa zerstören sowie zu nationalem Rückzug führen. Eine Mehrheit in Europa wünscht sich ein Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ein „Europäisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell“, das sich gegenüber dem „Angelsächsischen Modell“ durch mehr soziale Sicherheit und größeren sozialen Zusammenhalt auszeichnet. Es gibt Alternativen zu der vorgeschobenen „Sachzwangpolitik“ der EU, um dieses Ziel zu erreichen.

Zweitens spielte das Ausmaß und Tempo der EU-Erweiterung eine Rolle. Bei Erweiterungen stehen meist politische Fragen im Mittelpunkt. Fragen der wirtschaftlichen Integrationsfähigkeit und der ökonomischen Belastungsgrenzen wurden und werden zu wenig berücksichtigt. Ein weiterer Beitritt von großen armen Staaten würde die EU als handlungsfähigen Integrationsraum zerstören. Das entspricht aber nicht der Intention der europäischen Bürger, denn wie Umfragen zeigen, gibt es keine negative Grundstimmung gegenüber der EU, aber ein wachsendes Unbehagen, was die Entwicklung der Europäischen Union betrifft.